



Foto: Johannes Böge, Irtelhoe / Luedgebrunn, Neu-Preußens Bauernkrieg, vor S. 80

Bauern und Polizei: Während einer Protestaktion der Landvolkbewegung gegen die Pfändung eines Ochsens in Beidenfleth am 19. November 1928 tauchen Vertreter der Obrigkeit auf

Alexander Otto-Morris

## „Bauer, wahre dein Recht!“ Landvolkbewegung und Nationalsozialismus 1928/30

Schleswig-Holsteins Landvolkbewegung war eine einzigartige Erscheinung ländlichen Protests, die gegen Ende der Weimarer Republik weit über die Grenzen der Provinz hinaus Aufsehen erregte. Sie lieferte den Stoff für mehrere Erzählungen und Romane, wovon Hans Falladas *Bauern Bonzen und Bomben* fraglos am bekanntesten wurde.<sup>1</sup> Von anhaltendem und breitem wissenschaftlichen Interesse zeugen unter anderem Rudolf Heberles international beachtete soziologische Studie, Gerhard Stoltenbergs politisch-historische Darstellung, Michelle Le Bars' Untersuchung mit Schwerpunkt auf den literarischen Quellen und Nils Werners rechtshistorische Arbeit, die sich mit den mit der Bewegung in Zusammenhang stehenden Gerichtsprozessen beschäftigt.<sup>2</sup>

Die vielen Fragen, die die Geschichte dieser Proteste aufwirft, und das ergiebige Quellenmaterial machen sie zu einem kaum erschöpfbaren Thema.<sup>3</sup> Zu den aufschlussreichen Aspekten gehören der Verlauf der Bewegung, ihre Ideologie, Taktiken und Organisations- und Führungsstrukturen, die Reaktion der Behörden und nicht zuletzt die Verbindungen zu anderen Gruppen, vor allem den Nationalsozialisten. Unter den vielfältigen Faktoren und Prozessen, die zum Durchbruch der NSDAP auf dem Lande beigetragen haben und so ihre Wahlerfolge in der Provinz begünstigten, muss die Landvolkbewegung als einer der wichtigsten gelten.

### Ländliche Not, ländlicher Protest

Wenn auch der Aufruhr auf dem Lande eindeutig als Folge der Agrarkrise der späten zwanziger Jahre zu erkennen ist, waren die Protestformen der Landvolkbewegung nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen wie sozialen Strukturen und Prozessen und dem besonderen historischen Erbe der Provinz geprägt.<sup>4</sup> Eine Ausführung dieser vielfältigen Faktoren würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Wichtig zu betonen ist, dass der Wandel des ländlichen politischen Verhaltens während der Weimarer Republik nicht überbewertet werden sollte, denn nationalistische und antisozialistische Tendenzen hatten sich schon im Liberalismus der Vorkriegszeit bemerkbar gemacht. Schon lange vor der Krise, zum Beispiel beim Kapp-Putsch, hatte das Bauerntum sich gegenüber den Ideen der politischen Rechten empfänglich gezeigt.<sup>5</sup>



Quelle: Privat

Bäuerliche Protestversammlung in Tönning, 28. Januar 1928

Das Zusammentreffen mehrerer schwieriger Umstände führte dazu, dass die Agrarkrise der späten zwanziger Jahre Schleswig-Holstein und besonders die Westküste schwer traf. Dort waren die Bauern einen gewissen Wohlstand gewohnt, zeigten sich durch die Spezialisierung auf nur wenige Erzeugnisse und durch die für das Viehmästen nötigen Kapitalausgaben jedoch auch krisenanfällig. Als 1927 fallende Preise und steigende Produktionskosten die Rentabilität senkten, blieben viele Landwirte auf beträchtlichen Schulden mit hohen Zinsen und einer weit über dem Reichsdurchschnitt liegenden erheblichen Steuerlast sitzen. Verschlimmert wurde die Krise noch zusätzlich durch die in der Provinz grassierenden Tierkrankheiten und eine durch Sturmschäden beeinträchtigte Ernte. Diese Notlage führte zu einer beispiellosen Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung, die am 28. Januar 1928 ihren ersten Höhepunkt erreichte.

An diesem Tag demonstrierten in fast allen Kreisen der Provinz insgesamt etwa 140.000 Bauern und die mit ihnen sympathisierenden Mitglieder des Handels und des Handwerks. Bemerkenswert an diesen Kundgebungen war nicht nur die außerordentlich große Teilnahme, sondern auch die Tatsache, dass der Antrieb dazu von einer kleinen Zahl an Bauern von der Westküste ausging, die die Auffassung vertraten, ihre landwirtschaftlichen Verbände hätten der Krise bis dahin nur unzureichend Aufmerksamkeit geschenkt. Die Redner vom 28. Januar stellten vorwiegend wirtschaftliche

Interessen – in erster Linie eine schleunige Änderung der Handels- und Steuerpolitik sowie den Wunsch nach einem Zusammenschluss der zersplitterten Interessenverbände – in den Mittelpunkt ihrer Forderungen.

Die Kundgebungen und die darauffolgende Abordnung nach Berlin, die sich mit Reichsministern und Reichspräsident traf, bewirkten verständnisvolle Erklärungen und ein Versprechen baldiger Hilfe. Ein Notprogramm, das der Krise der Landwirte Abhilfe schaffen sollte, wurde schon vor der Reichstagswahl im Mai verabschiedet. Doch die Staatshilfen blieben weit hinter den hohen Erwartungen der Bauern zurück, und auch die Bestrebungen nach einer vollkommenen Verschmelzung der Bauernorganisationen waren zum Scheitern verurteilt.

Auch wenn es in vielen Kreisen Einigungsbewegungen gab, verliefen monatelange Verhandlungen unter den Führern auf Provinzebene erfolglos, da sie sich nicht auf eine gemeinsame Politik und die Vertretung auf Reichsebene verständigen konnten. So hatten diese Bemühungen eine entgegengesetzte Wirkung. Anstatt eine wirkungsvollere Lobby zu schaffen, erschütterten sie das Vertrauen in die traditionellen Wege der landwirtschaftlichen Repräsentation und machten so den Weg frei für neue Führer.

Die Kundgebungen leiteten eine Bewegung ein, die die Zerschlagung der berufsständischen Organisation bewirkte.<sup>6</sup> Doch erst mit dem Aufkommen der Landvolkbewegung im Herbst 1928 kann man von einer Radikalisierung der Bauern sprechen. An die Stelle von hauptsächlich wirtschaftspolitischen Appellen traten Aktionen, mit denen der Weg zur uneingeschränkten Opposition gegen die Weimarer Republik eingeschlagen wurde.

Bis Herbst 1928 hatte ein Steueraufschub für relative Ruhe auf dem Lande gesorgt, aber als anstelle weiterer Nachsicht in Anbetracht der Notlage die Steuereintreibung fortgesetzt wurde und die Behörden gegen rückständige Steuerzahler vorgingen, kam es zu neuen Protesten. Neben einigen erregten Bauernversammlungen an der Westküste waren es vor allem zwei öffentliche Aufrufe der Bauern Wilhelm Hamkens aus Tetenbüll in Eiderstedt und Claus Heim aus St. Annen-Osterfelde in Norderdithmarschen, die zur sogenannten Selbsthilfe führten. Hiermit war der Widerstand gegen Steuereintreibung gemeint.



Quelle: Luegebrunne, Neu-Preußens Bauernkrieg, nach S. 32

Wilhelm Hamkens, Bauer aus Tetenbüll

Als Heim von seinem Amtsvorsteher aufgefordert wurde, ausstehende Landwirtschaftskammer- und Berufsgenossenschaftsbeiträge zu begleichen, ließ er seine Antwort im *Heider Anzeiger* drucken. Darin erklärte er, keine Steuern und Abgaben zu bezahlen, bis die Rentabilität seines Hofes wiederhergestellt worden sei.<sup>7</sup> In einem offenen Brief forderte Hamkens die Gemeindevorsteher des Kreises Eiderstedt auf, ihren zuständigen Behörden mitzuteilen, dass die meisten Steuerzahler ihrer Gemeinden nicht mehr in der Lage seien, die Abgaben zu bezahlen. Dazu erklärte er: „Ein jeder, der noch Steuern aus der Substanz bezahlt oder dazu anhält, handelt unehrlich gegen sich, seine Familie und den Staat und macht sich mitschuldig an dem Untergange und an der Versklavung des deutschen Volkes.“<sup>8</sup>

### **Kampf gegen „das System“**

Ende November 1928 folgten die ersten Aktionen gegen Zwangseintreibungen. In Lunden und Beidenfleth in der Wilstermarsch sammelten sich Bauern, um den Abtransport von beschlagnahmtem Vieh zu verhindern. Die Behinderung von Gerichtsvollziehern bei Beschlagnahmungen und Zwangsversteigerungen wiederholte sich in der folgenden Zeit mehrfach. Bei den Zwangsversteigerungen reichte manchmal lediglich die Anwesenheit einer größeren Zahl an Bauern aus, damit keine Gebote abgegeben wurden. In anderen Fällen wurden die Abläufe durch lautes Singen oder Drohungen gestört. Meistens trugen die Bauern Stöcke bei sich, und in einem Fall brachten einige der Versammelten sogar ihre Jagdgewehre mit. Schwerpunkt dieser Aktionen blieb Schleswig-Holsteins Westküste. Doch breitete sich der Steuerstreik schon Anfang 1929 in viele andere Teile der Provinz, bis ins Jahr 1930 auch in andere Regionen Norddeutschlands wie Hannover, Pommern, Ostpreußen und den Freistaat Oldenburg aus.<sup>9</sup>

Begleitet wurden die Aktionen des Landvolks von hitzigen Versammlungen. Diese waren entscheidend für die immer mehr um sich greifende Radikalisierung der ländlichen Bevölkerung, denn sie kanalisiert die Unzufriedenheit der Bauern über die Krise in eine Opposition gegen die Weimarer Republik. Ihnen ging es nicht mehr in erster Linie um mangelndes Entgegenkommen gegenüber der Landwirtschaft. Das Landvolk interpretierte seine Selbsthilfe als Schutzmaßnahme für seinen Besitz und gegen eine Enteignung, durchgeführt von Behörden, die sie als Büttel des „internationalen Kapitals“ und der Weimarer Republik betrachteten. So wurde aus ihrem Steuerstreik ein Kampf gegen „das System“.

Typischerweise von 300 bis 400 Personen, einige Male von deutlich mehr, besucht, wurden die Versammlungen zunehmend auch zu Werbeveranstaltungen.<sup>10</sup> Genauso wichtig für den Aufbau der Bewegung war ein



Protestversammlung gegen die Pfändung von Ochsen in Beidenfleth, 19. November 1928

Netz, das über familiäre, nachbarschaftliche, berufliche und politische Kontakte entstand. So wurden Verbindungen zu vielen anderen Gruppen geknüpft, unter anderem zum Landbund, Stahlhelm, Artam, Tannenbergbund und Hermann Ehrhardts Organisation Consul. Die offene Struktur der Bauernbewegung, die keine formelle Mitgliedschaft kannte, erlaubte die Mitarbeit der Anhänger in anderen Organisationen, ohne dass sie ihre Bindungen zum Landvolk verloren. Das entsprach dem Einheitsgedanken von Landvolkführern wie Hamkens. Als Vorsitzender der erfolgreich zusammengeschlossenen Einheitsorganisation in Eiderstedt war Hamkens enttäuscht von den schleppenden Bemühungen der landwirtschaftlichen Verbände auf Provinzebene und sah in der Landvolkbewegung eine Möglichkeit, alle Bauern im Geiste des 28. Januar 1928 zu vereinen.

Die „Selbsthilfe“ einte das Landvolk gegen die Vollziehungsbeamten und Landräte und öffnete eine tiefe Kluft zwischen Bauern und Behörden. Die Gerichtsprozesse, die die Aktionen nach sich zogen, verbreiterten den Graben noch weiter. Zu einer Zeit, in der sich die Landwirtschaft für staatliche Unterstützung berechtigt fühlte, waren die Bauern vollends gereizt, als ihre Berufskollegen wie Verbrecher verurteilt wurden. Geschickt nutzte das Landvolk und besonders ihr Anwalt Walter Luetgebrune, der als Staranwalt der Rechtsextremisten galt<sup>11</sup>, die Verfahren propagandistisch aus, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die landwirtschaftliche Not zu len-



Quelle: Privat

Aufmarsch zur Kundgebung in Neumünster, 1. August 1929

ken. Solidaritätskundgebungen verstärkten das Einheits- und Zugehörigkeitsgefühl der Bauern und ihre gemeinsame Opposition gegen die Behörden vor allem dann, wenn man in Konflikt mit der Polizei kam.

Mehrfach veranstaltete das Landvolk Märsche zu Finanzämtern und Gerichtsgebäuden. Bei einem Verfahren gegen die Lundener Pfandbrecher und gegen Hamkens wegen Aufreizung zum Steuerstreik gab es im Januar 1929 den ersten Zusammenstoß zwischen Bauern und Polizei. Als Hamkens dann am 1. Juli eine einmonatige Gefängnisstrafe in Husum antreten sollte, überraschte ein Landvolkumzug zum Abschied des Bauernführers die örtliche Polizei und drängte sie bis zum Tor des Amtsgerichtsgefängnisses zurück.

Nachdem Hamkens nach Neumünster überführt wurde, veranstalteten seine Anhänger zu seiner Entlassung wieder einen Umzug. An der Spitze der etwa 2.000 aufmarschierten Bauern wurde eine Fahne ausgerollt, die wegen einer an ihrer Stange befestigten Sense für gefährlich gehalten und von der Polizei beschlagnahmt wurde. Der Kampf um die Fahne, die Sprengung der anschließenden Bauernversammlung durch die Polizei und ihr Nachspiel bildeten das reale Vorbild für Hans Falladas Roman *Bauern, Bonzen und Bomben*.<sup>12</sup> Der 16-monatige Boykott der ländlichen Bevölkerung gegen die Stadt setzte die Behörden massiv unter Druck. Regierungspräsident, Stadtverwaltung und Polizei weckten durch gegenseitige Kritik

und eine undiplomatische Handhabung des Ereignisses den Eindruck, etwas vertuschen zu wollen, und nährten damit nur die Vorwürfe des Landvolks über ein unberechtigtes und hartes Vorgehen gegen die Bauern.

Bezeichnend für die Radikalisierung der Landvolkbewegung war eine Verschiebung des Schwerpunktes ihrer Tätigkeiten von der Agrarkrise zum Widerstand gegen die Behörden. Beispielhaft in dieser Hinsicht waren nicht nur die oben genannten Zusammenstöße mit der Polizei, sondern auch die Bildung von „Nothilfeausschüssen“ im März 1929. Auf Landvolkversammlungen in mehreren Kreisen der Provinz gegründet, sollten sie die ländliche Bevölkerung den Behörden und Geldinstituten gegenüber in Steuerfragen vertreten.

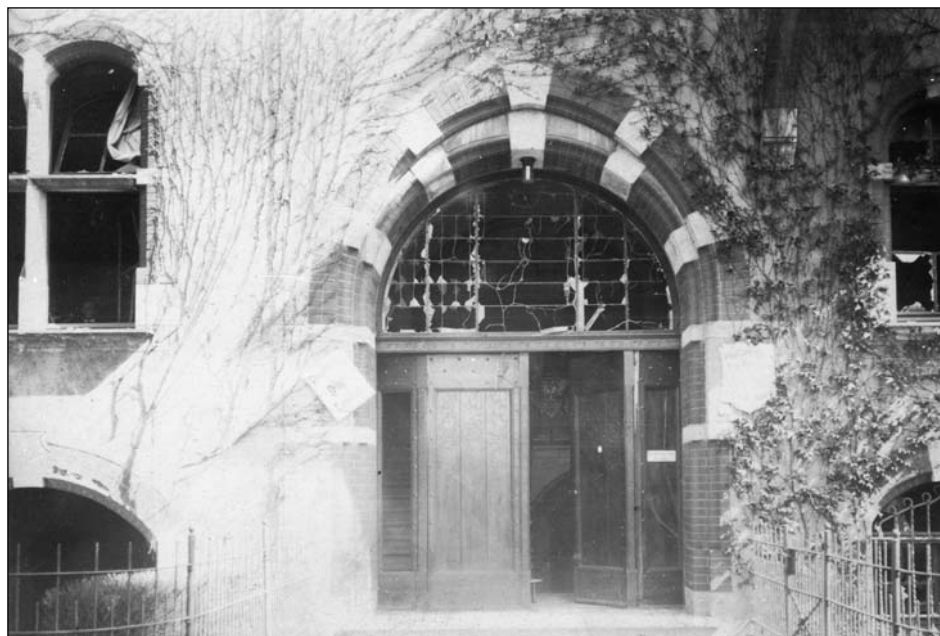
Impliziert war die Unterstützung bei der Steuerverweigerung, die zweifellos noch als Selbsthilfe gegen die Not zu betrachten ist. In den Kreisen Steinburg, Südtondern und Eiderstedt teilten die Ausschüsse den Behörden auch noch mit, sich an sie zu wenden, sollten diese Anordnungen treffen wollen. Das Bestreben, eine größere Kontrolle über die Selbstverwaltung, von der die Anhänger der Bewegung sowieso nur schlecht unterrichtet waren, zu sichern, besaß allerdings nur unzureichende Durchschlagskraft. Dafür zog sie die gesammelte Aufmerksamkeit der Behörden von den Finanzämtern bis zu Reichsinnenminister Severing auf sich, die mit Verwarnungen und Klageandrohungen die Nothilfe schnell in den Untergrund trieben.

## **Radikalisierung und Gewalt**

Die nächste Stufe der Radikalisierung stellten die Sprengstoffanschläge des Kreises um Claus Heim dar. Diesem ging es in erster Linie darum, die vermeintlichen Gegner der Landwirtschaft und Vertreter des verhassten Systems einzuschüchtern. Im November 1928 mit kleineren Anschlägen gegen Gemeindevorsteher beginnend, die die Durchführung von Zwangsversteigerungen unterstützt hatten, über Handgranatenanschläge gegen zwei Bauern im April 1929 bis hin zu acht größeren Anschlägen meist gegen Kreis- und Provinzbehörden von Mai bis September, legten Heim und seine Anhänger insgesamt 14 Sprengkörper in den Provinzen Schleswig-Holstein, Oldenburg und Lüneburg, aber auch im Reichstagsgebäude in Berlin. In den meisten Fällen entstanden erhebliche Sachschäden, und es herrschte großer öffentlicher Aufruhr bis zur Festnahme eines der Komplizen.

In der Folge wurden durch Geständnisse weitere Beteiligte belastet und beinahe alle Einzelheiten aufgeklärt. Nach ursprünglichem Abrücken von den Bombenattentätern nach den ersten Festnahmen sogar in engsten Landvolkkreisen zeichnete sich mit breiten Sympathiekundgebungen für





Quelle: Sammlung Dornhke

Bombenschäden am Landratsamt Itzehoe, 23. Mai 1929

die Angeklagten und zunehmendem Verständnis für ihre Motive bis zum Prozess im Herbst 1930 in Altona ein bemerkenswerter Wandel der öffentlichen Meinung ab. Der Prozess brachte wenig Neues zum Sachverhalt ans Licht, war aber insofern interessant, als die bürgerlichen Zeitungen sämtlich gegen die zum Teil hohen Freiheitsstrafen protestierten.<sup>13</sup>

Eine Kampagne, die viel Rückhalt auf dem Lande fand, führte mit der Unterstützung sowohl der NSDAP und DNVP als auch der KPD über einen erfolgreichen Antrag im Preußischen Landtag zur vorzeitigen Freilassung Heims und seiner meisten Komplizen am 17. Juni 1932.<sup>14</sup>

Ähnlich wie bei ihren Protestaktionen gab es auch in der Rhetorik des Landvolks eine Verlagerung des Schwerpunkts vom Ausdruck der Not in der Landwirtschaft hin zur kompromisslosen Opposition. Bei Versammlungen gehörte es schon ab Anfang 1929 zur Routine, dass der Hauptredner, meistens Hamkens, einen Vortrag über die angeblichen Ursachen der Not hielt. Hiernach zielten Krieg und Niederlage, Revolution und die dem deutschen Volk aufgezwungene Republik, Reparationen und die Inflation, Handelsabkommen, das „raffinierte Steuersystem“ und die Anleihen des „international-jüdischen Großkapitals“ ganz nach Plan der „internationalen Mächte“ auf „die Enteignung der Landwirtschaft“ und die „Versklavung des deutschen Volkes“ ab.

# Das Landvolk

»Leuwer duad üs Glaav!«

Ueberrassentliche, unabhängige Korrespondenz für das deutsche Volk in Land und Stadt

2. Jahrgang  
Nummer 240

Verlagsgesetzliche

Verlagsgesetzliche Verlagsgesetzliche  
Preis monatlich 1.80 RM, unter Jahressatz 17.50 RM. Fernruf: 2313 u. 2500. Druckort: Danneberg, Jöhne

Mittwoch

22. Oktober 1930

Dr. Luettgebrune spricht weiter

## „Und ist das Dunkel noch so groß Ein Weg zum Licht ist immer frei!“

### Knalldemonstrationen

#### „Verschiedene Wege Seims und Samens“

Dr. Luettgebrune gab nunmehr eine Überleitung seiner weiteren Darlegungen; er führte dazu aus, daß er, wenn er auf die einzelnen Fäden eingehe, damit keineswegs eine Entschuldigendung der Angeklagten beabsichtige.

Er führt fort: Die Verurteilung Heim-Samens hat nicht nur eine Bedeutung für die Anklage gegen Samens, sondern vor allem für die Frage,

ob das Handeln der Angeklagten gerechtfertigt ist durch den überwiegenden Nutzen, der aus ausführender Handlung (Heim) resultiert.

ob nun derjenige, der sich auf diesen Rechtfertigungsgrund beruft, sich berechnen heraus resultiert, weil er die im Über-

maße, um den Gemeinwohlgeheimen einen Wink zu geben! Die Entscheidung dieser Art hat Heim aber erst nach Samens' Reife gelöst.

#### Kathens Komperit — Heids Abtantenfähigkeit

Es kommt dann der Waffrag Heids: Heide ist sich mit Kathens in Verbindung, der ihm von Heim genannt war. Heide hat immer nur von Heimeckelkathens gehört, dann Kathens hat den Waffrag Komperit nicht gebracht und auch von der Natur als Sprengstoff nichts mitgeteilt. Wenn Heide selbst hat, unabhängig eines Ausnahmefalles, abbrechen, so dachte sich das mit den Angaben Heide, der glaubte, es solle sich um einen Knalldemonstration handeln, und Heide und schließlich die Wirkung mit den Angaben

Man muß sich aber auch überlegen, daß Sprengstoff nicht nur ein Quantitäts-Begriff, sondern auch ein Qualitäts-Begriff ist, und wenn Heide hingibt und sich von Kathens genau beschreiben läßt, welche Wirkung wirkt, so ist es das doch damit, daß er den Sprengstoff der Quantität nach haben wollte. Wenn ich den Sprengstoff in solcher Quantität nehme, daß er überhaupt nicht als Sprengstoff wirken kann, so will ich kein Sprengstoffmaterial, sondern nur eine Knalldemonstration. Damit ist zu vergleichen jene schon angeführte Reichsgerichtsentcheidung, nach der Erbsenen nicht als unerlaubter Zweck im Sinne des Sprengstoffgesetzes, nicht als die Wirkung Geländebau, Erbsen oder Eigentum zu gefährden gilt. Wenn nun die Angeklagten sich auch verpflichtet hätten, das möglicherweise ein Erfolg einträte, den sie nicht wollten, dann sei nach der Natur des Heidevertrages nur bewußte, freiwillige Tätigkeit anzunehmen, die allerdings zur Vermeidung des § 3 des Sprengstoffgesetzes nicht ausreichen würde.

Das Urteil von Heide ist demnach ein Verstoß.

Quelle: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel

Propaganda in eigener Sache: die Zeitung *Das Landvolk*

Doch nicht nur Hamkens, sondern alle Landvolkführer verbreiteten die antidemokratische, antisozialistische, antiliberalen, antisemitische, antikapitalistische, nationalistische und völkische Ideologie der Bewegung. Hierzu passte auch der Verzicht auf eine feste organisatorische Struktur. Das Fehlen von Mitgliederlisten, Satzungen usw. sollte es den Behörden einerseits schwerer machen, gegen die Bewegung vorzugehen. Andererseits war dieser Verzicht auch Ausdruck der Abscheu gegenüber den Methoden und Strukturen der Weimarer Parteien und Verbände, die angeblich im Bruderkampf zerfielen und somit zu Instrumenten der „internationalen Mächte“ und der „Hochfinanz“ wurden.

Mit der Gründung der eigenen Zeitung *Das Landvolk*, die ab Januar 1929 wöchentlich und ab März dann täglich in Itzehoe erschien, gewann der Kampf gegen „das System“ weiter an Kraft. Die Zeitung wollte, wie sie offen bekundete, für die politische Bildung des Landvolks sorgen, indem sie ihm die „intellektuelle Grundlage“ stellte.<sup>15</sup> Mit einer Auflage von bis zu 12.000 Exemplaren konnte sie tatsächlich viele Leser auf dem Land erreichen. Chefredakteur Bruno von Salomon, Bruder des in das Rathenau-Attentat verwickelten Ernst von Salomon, nutzte jede Gelegenheit, gegen

Weimar zu hetzen und die Behörden zu verspotten, sodass es mehrmals zu Verboten und auch Prozessen kam.<sup>16</sup>

Neben den Brüdern von Salomon leisteten auch viele andere rechtsintellektuelle Publizisten Beiträge. Allerdings sollte ihre Verantwortung für die Radikalisierung der Bauern nicht überschätzt werden.<sup>17</sup> Bei den Versammlungen stellten weiterhin die Landleute die meisten Redner, schon vor der Gründung der Zeitung hatte die Bewegung extreme Positionen eingenommen, und auch die Zeitung selbst blieb immer unter der Aufsicht von Bauernführern wie Hamkens und Heim.

In der Literatur wurden bisher diejenigen Quellen, die die Rolle des Antisemitismus in der Landvolkbewegung belegen, zu wenig beachtet.<sup>18</sup> Bezüglich der Häufigkeit der antisemitischen Äußerungen lässt sich feststellen, dass sie schon ab Herbst 1928 auf beinahe jeder Veranstaltung und in allen Ausgaben der Landvolkzeitung zu finden waren und von allen wichtigen Rednern und Schreibern eingesetzt wurden.

In Anbetracht der Vielzahl und des Umfangs der Versammlungen sowie der hohen Auflage der Zeitung muss dem *Landvolk* eine große Verbreitung antisemitischen Gedankenguts auf dem Lande zugeschrieben werden. Sein Antisemitismus basierte größtenteils auf alten Vorurteilen aus dem neunzehnten Jahrhundert, die die Landbevölkerung über die vaterländischen Verbände, die Deutschnationale Volkspartei und vor allem den konservativen Landbund erreichten. Ob im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen oder völkisch-rassistischen Kontext, immer waren es wieder „die Juden“ oder „der jüdische Geist“, die angeblich die Landwirtschaft systematisch zu zerstören versuchten, und zwar mit dem Ziel, das deutsche Volk zu versklaven. Der Antisemitismus diente vor allem als leicht verständliche Erklärung der komplexen Zustände, die zur landwirtschaftlichen Not geführt hatten, sowie für alle wahrhaftigen und auch vermeintlichen Probleme, die Deutschland heimsuchten.

So schwierig die Ausgangslage für die Behörden gegenüber der Landvolkbewegung war, müssen aber auch die dürftigen Versuche der Behörden und vor allem der Provinzverwaltung, für Ruhe auf dem Lande zu sorgen, berücksichtigt werden. Sie hatten es unter anderem wegen der unrealistisch hohen Erwartungen der Landwirtschaft an die Staatshilfe und der aufgrund von Gesetzen und der Zivilprozessordnung eingeschränkten Handlungsspielräume, z.B. in der Verlagerung von Zwangsversteigerungen, schwer. Wohl aber trugen die Inhaftierung vieler Landvolkführer und die Verbote der Zeitung schon dazu bei, die Bewegung letztlich zu schwächen.

Doch dem Aufruhr in der Provinz konnten Verwarnungen, Verbote, Festnahmen und Gerichtsprozesse keinen Einhalt gebieten. Im Gegenteil

Bruno v. Salomon, Polizeifoto, 1929.  
Quelle:  
LAS Abt. 309  
Nr. 22784



### Bruno von Salomon

Bruno von Salomon (7.2.1900 Stettin – 8.6.1952 Hamburg) war eine der schillerndsten Gestalten der Landvolkbewegung; der *Vorwärts* nannte ihn das geistige Haupt der holsteinischen Bombenleger (2.6.1931).

Nach Kriegsteilnahme als Offizier arbeitet v. Salomon in einer Hamburger Wollkämmerei und wurde dann Redakteur des Blankeneser Wochenblattes *Die deutsche Front*. Ab 1. März 1929 fungierte er in Itzehoe als Chefredakteur des Agitationsblattes *Das Landvolk*. Mehrfach wurde v. Salomon wegen politischer Angriffe verhaftet, die Zeitung phasenweise verboten. Im großen Bombenlegerprozess im November 1930 Freispruch aus Mangel an Beweisen. Gemeinsam mit Bodo Uhse näherte er sich der kommunistischen Bauernbewegung an. 1931 Eintritt in die KPD, 1932 Teilnahme am 1. Deutschen Reichsbauernkongress. Zusammen mit Uhse betrieb v. Salomon Agitation im ländlichen Raum, nach dem Fortgang aus Schleswig-Holstein vor allem in der Rhön.

Im April 1933 emigrierte v. Salomon ins Saarland, arbeitete in der KPD-Bezirksleitung Saar mit und ging nach der Saarabstimmung im Januar 1935 nach Paris, wo er Uhse wiedertraf. Engagement in der Volksfrontbewegung. Später ging er nach Spanien und kämpfte im Bürgerkrieg auf republikanischer Seite gegen den Putschisten Franco.

Nach seiner Rückkehr nach Frankreich ging v. Salomon in die Resistance und gehörte deren kommunistischem Flügel an (Maquis). Nach Kriegsende lebte er in Paris unter erbärmlichsten Bedingungen, wo ihn sein Bruder Ernst v. Salomon 1951 – gesundheitlich äußerst geschwächt – fand. Ernst nahm Bruno mit nach Hamburg, wo dieser kurze Zeit später im Krankenhaus Hamburg-Barmbek starb. Sein ungewöhnliches Leben, das bislang nur fragmentarisch dokumentiert ist, wäre ein lohnender Gegenstand für eine Studie.<sup>19</sup>

haben sie viele Bauern nur entrüstet und die Kluft zwischen Behörden und Landwirtschaft erweitert, da das Gegengewicht in Form von konstruktiven Maßnahmen fehlte. Während sein Vorgänger sich auf eigene Initiative für die Landwirtschaft eingesetzt hatte, konnte Regierungspräsident Waldemar Abegg nie das Vertrauen der Bauern seiner Provinz gewinnen, da seine Worte nur unzureichend in Taten umgesetzt wurden.

Indem er in der Landvolkbewegung einseitig eine Provokation sah, verkannte er bestenfalls die Not der Bauern, wenn er sie nicht ignorierte, und bestätigte so den Vorwurf der Landvolkführer über sein mangelndes Verständnis für die Landwirtschaft. Sein unbeholfenes und sogar unehrliches Handeln, zum Beispiel durch die Unterlassung von Details bei Untersuchungen und Klarstellungen oder durch seine Versuche, Beweise bei Gerichtsverfahren zurückzuhalten, beschädigte das Ansehen der Provinzialverwaltung und machte diese gegenüber dem Landvolk unglaubwürdig.<sup>20</sup>

### **Rivalität und Kooperation**

An Stelle des verhassten „jüdisch-parlamentarischen Systems“ wurde in der Landvolkbewegung öfter der Wunsch nach einer „Volksgemeinschaft“ laut. Es ist jedoch kaum vorstellbar, wie sie dieses Ziel ohne ein Programm oder Konzept und mit den von ihr gewählten Mitteln jemals hätte verwirklichen können. Das Fehlen eines Programms bzw. fester mittelfristiger Ziele führte zunehmend zu Zweifeln auf dem Land, die Bewegung könne eine Verbesserung der Lage bewirken, und leistete somit einen Beitrag zu ihrem Untergang.

Zu den Bedenken unter den Anhängern kam es vor allem durch die Ablehnung der Bombenanschläge als gewaltsam und wirkungslos. Finanzielle Schwierigkeiten bei der Zeitung und in Folge anwachsende Prozesskosten bei gleichzeitigem Rückgang des Spendenaufkommens, das durch Gerüchte von unterschlagenen Geldern verschärft wurde, die Inhaftierung vieler Führer, die Verbote der Zeitung sowie interne Konflikte führten zum langsamen Niedergang, der durch ein Zurückgehen der *Landvolk*-Abonnements sowie sinkende Besucher- und Versammlungszahlen sichtbar wurde. Außerdem konnte das Landvolk immer weniger mit der Anfang 1930 vereinigten landwirtschaftlichen Lobby, dem Land- und Bauernbund, sowie mit der stärker werdenden NSDAP konkurrieren, die schließlich ab Herbst 1931 die Aktionen bei Pfändungen und Zwangsversteigerungen übernahmen.

Bis die Bauern selbst angefangen hatten, sich zu mobilisieren, war der Erfolg der Nationalsozialisten auf dem Lande in Schleswig-Holstein eher bescheiden. Zwar hatte Gauleiter Hinrich Lohse frühzeitig den Versuch gemacht, die Bauern der Provinz für seine Partei zu interessieren, doch

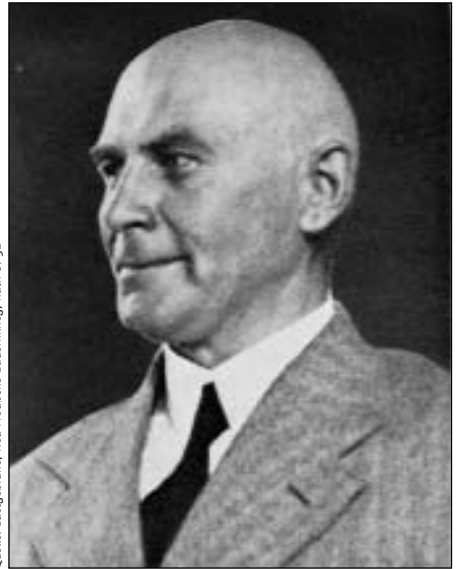
trotz einiger vielversprechender lokaler Ergebnisse kam sie mit vier Prozent bei der Reichstagswahl im Mai 1928 nicht über den Reichsdurchschnitt hinaus.<sup>21</sup> Im Laufe des Jahres 1928 weitete die Partei sich schnell in ihren Hochburgen in Süderdithmarschen aus, aber auch noch 1929 war es die Landvolkbewegung, die die Behörden für die Radikalisierung der Bauern in der Provinz verantwortlich machten.

Doch die Fortschritte der NSDAP an der Westküste, vor allem in den beiden Dithmarschen, wurden bei der Provinzial-Landtagswahl vom 17. November 1929 schon sichtbar.<sup>22</sup> Anfang 1930, als die Landvolkbewegung abebbte, zeigen die Beobachtungen der Landräte und Landeskriminalpolizeistellen, dass in ihren Kerngebieten das Landvolk durch die NSDAP als treibende politische Kraft auf dem Land abgelöst wurde.<sup>23</sup>

Die NSDAP profitierte einmal von der Landvolkbewegung, indem sie deren Anhänger für sich gewinnen konnte. Die Behörden beobachteten diese Tendenz schon im Frühling 1929 und dann ab Herbst und Winter 1929/1930 verstärkt. Jedoch traten nur wenige Landvolkführer und Vertrauensmänner jemals der NSDAP bei. Eine Überprüfung von 147 Vertrauensmännern des Landvolks – vorwiegend entnommen aus Listen der Landeskriminalpolizei – in den Mitgliederkarteien der NSDAP im Bestand des ehemaligen Berlin Document Center ergab, dass nur neun davon bis Ende 1930 in die Partei eingetreten waren.<sup>24</sup>

Zeitgleich mit dem im Sommer 1930 wachsenden öffentlichen Beistand für die beschuldigten Bombenattentäter versuchte Gauleiter Lohse, die große Popularität Claus Heims zu nutzen, und bot Heim sogar eine Reichskandidatur für September 1930 an. Heims Ablehnung wurde in den Schlagzeilen der Provinzpresse so dargestellt, als ziehe er das Gefängnis dem Reichstag vor.<sup>25</sup> Die Inhaftierung der Bombenattentäter und anderer Landvolkführer räumte der NSDAP mehrere Konkurrenten aus dem Weg und erleichterte den Ausbau der Partei unter ehemaligen Landvolkanhängern.

Zudem konnte die NSDAP insbesondere bei den Wahlen vom Landvolk profitieren, da diese jede Mitarbeit im parlamentarischen System ablehnte und sich nicht zur Wahl stellte. Auch wenn andere Parteien, insbesondere die DNVP und Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpar-



Quelle: Luegebrunne, Neu-Preußens Bauernkrieg, nach S. 32

Claus Heim, Kopf der Landvolkbewegung



## Landvolkbewegung und Literatur

Kein politisches Ereignis in Norddeutschland hat eine so intensive und facettenreiche literarische Widerspiegelung erfahren wie die Landvolkbewegung. Mindestens drei Romane haben die Protestaktionen der Bauern der Jahre 1928/30 zum Thema, in mehreren anderen Büchern ist sie wesentlicher Inhalt. Ebenso ungewöhnlich ist die Tatsache, dass die Autoren stets die Ereignisse direkt miterlebten, zumeist aus der Sicht von Journalisten.

Am bekanntesten ist Hans Falladas Roman *Bauern, Bonzen und Bomben* (Berlin: Rowohlt 1931), in dem der Autor Beobachtungen verarbeitet, die er als Reporter am Neumünsteraner *General-Anzeiger* machte. Das Buch ist die literarisch gelungenste und erfolgreichste Bearbeitung der Ereignisse und wurde 1973 verfilmt.

Einen breiteren historischen Fokus gibt Bodo Uhse seinem Roman *Söldner und Soldat* (Paris: Editions du Carrefour 1935), in dem er in geschickt modifizierter chronologischer Staffelung seine eigene politische Entwicklung bis 1932 schildert; die Landvolkbewegung spielt darin eine zentrale Rolle. Die Darstellung beruht auf Uhses Augenzeugenschaft als Chefredakteur der *Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung* in Itzehoe.

Wenig bekannt, aber literarisch anspruchsvoll ist Ernst v. Salomons Roman *Die Stadt* (Berlin: Rowohlt 1932). Akteure wie Claus Heim oder Wilhelm Hamkens tauchen hier mit ihren realen Namen auf; persönliche Züge und Handlungen seines Bruder Bruno v. Salomon (vgl. S. 65) sind in der Figur des Ive verarbeitet. Ernst v. Salomon hatte zeitweise für das von seinem Bruder in Itzehoe herausgegebene Blatt *Das Landvolk* geschrieben, war also ebenfalls als Journalist mit den Ereignissen vertraut. Auch in seinem Buch *Der Fragebogen* (Hamburg: Rowohlt 1951) ging er später intensiv auf die Landvolkbewegung ein.

Die ungewöhnliche Konstellation mehrerer, aus unterschiedlichen Perspektiven von Augenzeugen verfasster historischer Romane ist philologisch bislang weitgehend unbeachtet geblieben. Dabei wäre eine nähere Analyse durchaus lohnend, denn mehrere Ereignisse – etwa die Beidenflether Protestaktionen – werden je nach politischer Haltung der Verfasser unterschiedlich fiktionalisiert.<sup>26</sup>



tei, versuchten, sich als Interessenvertretung des Landvolks zu profilieren, war es am deutlichsten die NSDAP, die mit ihrem parlamentarischen Kurs versprach, den vom Landvolk ersehnten Umbruch herbeizuführen.

Als erste und einzige Provinz vor 1933 konnte die NSDAP in Schleswig-Holstein im Juli 1932 mit 51 Prozent eine absolute Mehrheit bei einer Reichstagswahl erzielen. Der entscheidende Durchbruch gelang ihr aber schon bei der Reichstagswahl im September 1930 mit 27 Prozent in der Provinz Schleswig-Holstein und sogar 35,1 Prozent der ländlichen Stimmen.<sup>27</sup>

In Schleswig-Holstein konnte die Partei schon auf das durch die Landvolkbewegung vertraute antisemitische, antikapitalistische und antidemokratische Denken aufbauen, als sie 1929/30 von der Westküste aus weiter expandierte. Wie Rudolf Rietzler schon feststellte, verlagerte die Partei bewusst ihre Propaganda dorthin, wo die Unruhe auf dem Land am stärksten war.<sup>28</sup> Doch darüber hinaus machte sie sich die Themen des Landvolks zu eigen, nutzte raffiniert die Aktionen der Landvolkbewegung, um Zuhörer für ihre eigenen Versammlungen anzulocken, und schrieb sich die Erfolge der Bauernbewegung selbst zu. Beim Beidenflether Prozess im April 1929 machte sich die *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* zum Beispiel die Sache der Angeklagten zu eigen, diese wurden in der Berichterstattung nirgends als Anhänger der Landvolkbewegung erwähnt, und die Verhinderung der Sympathiekundgebung wurde nicht als Unterdrückung des Landvolks, sondern des Nationalsozialismus gewertet.<sup>29</sup>

Gauleiter Lohse behauptete, das Brauchbare des Landvolk-Gedankenguts sei dem Nationalsozialismus entlehnt.<sup>30</sup> Mehrfach verwechselten Versammlungsbesucher, Presse und sogar die Polizei die beiden Bewegungen, so sehr ähnelte sich ihre Propaganda. Einige Anhänger sahen darin eine Grundlage für Zusammenarbeit, und auf lokaler Ebene kam es oftmals dazu, dass Anhänger beider Bewegungen gegenseitige Veranstaltungen besuchten. Vereinzelt wurden kleinere Versammlungen sogar gemeinsam abgehalten.

Die Landvolkführer hätten eine noch weitreichendere Kooperation begrüßt, aber die Parteileitung sah in der Landvolkbewegung nur eine Rivalin. Auch wenn einzelne Parteivertreter wie Bodo Uhse, den Aktivismus des Landvolks bewunderten, befürchtete vor allem Gauleiter Lohse, dass eine Assoziation mit den illegalen Aktionen des Landvolks dem Image der Partei schaden könnte und den Behörden einen Vorwand bieten würde, die Partei zu verbieten. Dementsprechend verbot Hitler ausdrücklich seinen Mitgliedern die Teilnahme an der Landvolkbewegung. Mitglieder, die offen gegen diese Anweisung verstießen, wurden in Folge aus der Partei ausgeschlossen.



# Tausendüwelswarf



Nr. 2 (Werbenummer)

Postbezug: Kunden i. Hoff.

4. Februar 1933

## Bauer, wahre dein Recht!

Gegen Advokaten und Bankiers. Zeichen der Bauernnot. Die Zerfegung des Eigentums.

Die gläserne Wand.

Die Hintergründe der nationalen Konzentration.  
Das „Dritte Reich“ ist über uns in der Weise herbeigebrochen, daß der Nationalsozialismus nur mit dem ersten Teile seines Programms, dem Nationalismus, in die Regierung gegangen ist. Denn für das neue Reich ist entscheidend, daß alle wirtschaftlich wichtigsten Fächer, nämlich der Reichskammislar, das Wirtschafts- und Ernährungsmiisterium und das Arbeitsministerium mit den Herren o. Plänen ausgerüstet und dem

### Deutscher Bauer

die nächsten Wochen werden dir den Beweis erbringen, wie weit eine nationale Regierung die Kraft und den Willen besitzt, das Unrecht gut zu machen, das dir durch die rücksichtslose Herrschaft des kapitalistischen Systems und seiner Spießgesellen in der Nachkriegszeit zugefügt wurde.

Claus Heims Protestzeitung, im Sommer 1933 von den Nationalsozialisten verboten

Das Landvolk ließ sich aber nicht durch die Kritik in ihrem Aktivismus aufhalten. Spannungen waren jedoch unvermeidlich, denn die NSDAP versuchte immer wieder, ihre Konkurrentin zu untergraben. Neben der Bewertung der Aktionen des Landvolks als unwirksam bemängelte die Partei ihre geringe Unterstützung außerhalb der Landwirtschaft sowie die im Gegensatz zur eigenen fehlende Organisationsstruktur. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf Streitigkeiten innerhalb der Bauernbewegung und beanspruchte die Alleinvertretung der ländlichen Bevölkerung.

Die Nationalsozialisten profitieren dabei von ihrer vorgeblichen Distanz zu den illegalen Methoden des Landvolks, als gegen Ende 1929 langsam auf dem Land klar wurde, dass die Bauernbewegung für die Bombenanschläge verantwortlich war. Mit der NSDAP, die Verständnis für die Motive der Bombenattentäter zeigte, jedoch ihre Methoden ablehnte, stand ab-geschreckten Landvolkanhängern eine vielversprechende Alternative zur Verfügung. Sie bot eine straffe Organisation, einen pragmatischen Ansatz, innerhalb des Systems zu arbeiten, und den Grundsatz, alle Klassen und Berufe zu vertreten.

Nach dem Wahlerfolg von 1930 bemühte sich die NSDAP, ihren Einfluss auf dem Land durch die Infiltration der landwirtschaftlichen Organi-

sationen auszubauen. Die Überbleibsel der Landvolkbewegung dagegen waren schon 1932 fast ohne Bedeutung. Doch die Versuche Hamkens' und des im Juni 1932 aus der Haft entlassenen Claus Heim, die Bewegung noch 1933 am Leben zu halten, wurden von den neuen Machthabern zerstört: Hamkens wurde gezwungen, sein Amt als Vorsitzender der Einheitsorganisation in Eiderstedt aufzugeben, während Heims neue Zeitung, die *Dusen-düwelswarf*, wegen kritischer Kommentare noch im September des Jahres aufgrund der rigiden Zensurgesetze verboten wurde.

In ihrer losen Organisationsform, die im kompletten Gegensatz zum Führerprinzip der NSDAP stand, unterschied sich die Landvolkbewegung grundsätzlich von der nationalsozialistischen Partei. Ihre Ideologien ähnelten sich stark, aber die Gleichschaltung der NSDAP entsprach in keiner Weise der Westküstentradition von lokaler Unabhängigkeit, in der die Landvolkbewegung sich sah und die unter anderem in dem Schlachtruf „Lewwer duad üs Slaav“ ihren Ausdruck fand.

Die Landvolkbewegung wünschte sich größere Eigenständigkeit auf Gemeindeebene in Form einer gestärkten Selbstverwaltung. Dieser Wunsch wurde nicht nur in ihrer Rhetorik deutlich, sondern auch direkt fassbar im Versuch, die Nothilfeausschüsse aufzubauen. Darüber hinaus sah das Landvolk seinen Verzicht auf eine straffe Struktur als eine Möglichkeit, seinen Anhängern größere Handlungsfreiheit verleihen zu können. Dieser wichtige Unterschied war auch noch im Jahre 1933 in der *Dusen-düwelswarf* in einer Mahnung gegen die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit auszumachen.<sup>31</sup>

Es scheint daher nachvollziehbar, dass die Führer und Vertrauensmänner des Landvolks der NSDAP – wenn überhaupt – nur zögerlich beitraten. Von einer Opposition der Landvolkbewegung gegen die NSDAP kann dennoch nicht gesprochen werden.<sup>32</sup> Besonders das eine Ziel des Landvolks, ein autoritäres System anstelle der Weimarer Republik zu etablieren, erfüllten die Nationalsozialisten einwandfrei.

## Anmerkungen

1. Die bedeutendste – und dank der Verfilmung auch bekannteste – literarische Darstellung der Vorgänge ist Hans Falladas Roman *Bauern, Bonzen und Bomben*, der erstmals 1931 in Hamburg erschien. Vgl. Seite 68.

2. Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932. Stuttgart 1963; Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1962; Michelle Le Bars, Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928–1932. Berne 1986; Nils Werner, Die Prozesse gegen die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1929–1932. Frankfurt/M. 2001.

3. Zu den wichtigsten gedruckten zeitgenössischen bzw. autobiografischen Schilderungen, die ganz oder teilweise die Landvolkbewegung thematisieren, gehören: Jürgen Schimmelreiter (Pseudonym: Peter Petersen), Unter der schwarzen Bauernfahne. Die Landvolkbewegung im Kampfe für Deutschlands Befreiung. München 1929; Walter Luetgebrune, Neu-Preußens Bauernkrieg. Entstehung und Kampf der Landvolkbewegung. Hamburg 1931; Herbert Volck, Rebellen um Ehre. Mein Kampf für die nationale Erhebung 1918–33. Gütersloh 1936; Gottfried Zarnow, Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, Bd. 2. München 1932. Richard Schapke, Aufstand der Bauern. Leipzig 1933; Bodo Uhse, Söldner und Soldat. Paris 1935; Ernst von Salomon, Der Fragebogen. Hamburg 1961 (erstmalig 1951).

Neben der Dissertation von Ehrenfried Friedrich, Ursachen, Verlauf und agrarhistorische Bedeutung der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein von 1928–1930. Leipzig 1967, gibt es folgende Magister-, Diplom- und Examensarbeiten: Michael Schäfer, Die schleswig-holsteinischen Bauernunruhen 1928–1932. Eine Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der Bestände der Kieler Bibliotheken. Hamburg 1974; Geneviève Coppin, Landvolkbewegung und Nationalsozialismus im schleswig-holsteinischen Marschgebiet 1928–1932. Lille 1975; Susanne Heim, Die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1928/1929. Eine Analyse ihrer sozioökonomischen Entstehungsbedingungen und politischen Aktionsformen. Hamburg 1980; Friederike Stoehr, Die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein. Kiel 1986; Arne Wolter, Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung im Spiegel ihres Zentralorgans „Das Landvolk“ (1928–1932). Hamburg 1995.

Zu den vielen Aufsätzen zählen: Hans Beyer, Die Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1928–1932. In: Jahrbuch Kreis Eckernförde 15 (1957), S. 173-202; ders., Die Agrarkrise und die Landvolkbewegung in den Jahren 1928–1932. Ein Beitrag zur Geschichte „revolutionärer“ Bauernbewegungen zwischen den beiden Weltkriegen. In: Archiv für Agrargeschichte der holsteinischen Elbmarschen 5 (1983), S. 156-187; ders., Landbevölkerung und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 11 (1963), S. 69-74. Siehe ferner: Claus Heinrich Bill, Organisation und Finanzierung der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1928–1933. In: ISHZ 33/34 (1998), S. 33-52; Uwe Danker, „Von heute ab zahle ich keine Steuern mehr!“. Steuerstreik, Stadtboykott und Bomben. Die schleswig-holsteinische Landvolkbewegung 1928–1930. In: ders. (Hg.), Die Jahrhundertstory. Flensburg 1998, S. 48-67; Peter Wulf, Die Not hat uns zusammengeschiedet. Die Landvolkbewegung Ende der 20er Jahre. In: Gerhard Paul/Uwe Danker/Peter Wulf (Hg.), Geschichtsumschlungen. Schleswig-Holstein 1848–1948. Bonn 1996, S. 192-199. Zu den wenigen Beiträgen, die sich auch mit den Aktionen auf dem Lande nach der Landvolkbewegung beschäftigen siehe H. W. Gondesens, Ende der Weimarer Republik, Ende des Landvolks. In: Jahrbuch für die Schleswigsche Geest 37 (1989), S. 7-27. Aufschlussreich sind auch folgende Abschnitte in den Arbeiten von Timothy A. Tilton, Nazism, Neo-Nazism and the Peasantry. London 1975, S. 62-71; Wilhelm Koops, Südtondern in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1933). Ein Landkreis zwischen Obrigkeitsstaat und Diktatur. Neumünster 1993, S. 241-258; Christian M. Sörensen, Politische Entwicklung und Aufstieg der NSDAP in den Kreisen Husum und Eiderstedt 1918–1933. Neumünster 1995, S. 224-243.

4. Folgender Text beruht auf meiner Dissertation, Alexander Otto-Morris, Rebellion in the Province: the Landvolkbewegung and the Rise of National Socialism in Schleswig-Holstein (Verlag Lang, Frankfurt/M., im Erscheinen).

5. Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928). Neumünster 1982, S. 48, 123-126. Vgl. Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, S. 20, und Stoltenberg, Strömungen, S. 5-8, 61 sowie 195.

6. Stoltenberg, Strömungen, S. 111.

7. *Heider Anzeiger* Nr. 244, 16.10.1928, S. 6.

8. *Eiderstedter Nachrichten* Nr. 8147, 15.11.1928, S. 3.

9. Hierzu Otto-Morris, Rebellion, Kapitel 4 und 8; Shelly Baranowski, The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia. New York/Oxford 1995,

- S. 130-134; Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Düsseldorf 1996, S. 209; Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933. Düsseldorf 1978, S. 88-94; Dirk Stegmann, Politische Radikalisierung in der Provinz. Lageberichte und Stärkemeldungen der Politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Osthannover 1922–1933. Hannover 1999, S. 151ff.
10. Siehe hierzu Otto-Morris, *Rebellion*, Kapitel 5.
11. Rudolf Heydeloff, Staranwalt der Rechtsextremisten: Walter Luetgebrune in der Weimarer Republik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 373-421.
12. Hans Fallada, *Bauern, Bonzen und Bomben*, S. 111ff.
13. Siehe z. B. *Flensburger Nachrichten* Nr. 257, 1.11.1930, S. 1 und Nr. 258, 3.11.1930, S. 1-2; *Kieler Neueste Nachrichten* Nr. 257, 2.11.1930, S. 1-2; *Kieler Zeitung* Nr. 303, 1.11.1930, S. 1; *Rendsburger Tageblatt* Nr. 257, 1.11.1930, S. 1; *Schleswiger Nachrichten* Nr. 257, 1.11.1930, S. 1.
14. ‚Preußischer Landtag 9. Sitzung am 16. Juni 1932‘, ‚Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode 1. Tagung begonnen am 24. Mai 1932‘ (Berlin 1932), S. 468-481.
15. *Das Landvolk* Nr. 16, 9.3.1929, S. 8.
16. Zur Person vgl. Markus Josef Klein, Ernst von Salomon. Eine politische Biographie. Limburg a.d. Lahn 1994.
17. Vgl. Beyer, *Landvolkbewegung*, S. 189-190, und Otto-Ernst Schüddekopf, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*. Stuttgart 1960, S. 306-307.
18. Gerhard Paul, „Die Juden sind unser Unglück!“. Zum Antisemitismus in einer frühen Hochburg der NSDAP. In: ders./Miriam Gillis-Carlebach (Hg.), *Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998)*. Neumünster 1998, S. 188-189.
19. Knappe biografische Faktenübersicht und Quellenhinweise in Reimer Möller, *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch*, Hamburg 2007, S. 638. Brief Ernst v. Salomons an Bodo Uhse in *Le Bars, Le mouvement paysan*, S. 345-347.
20. Siehe hierzu auch Werner, *Prozesse*, S. 294.
21. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*. Berlin 1928, S. 27-29 und 580-581.
22. Vgl. Frank Omland „Die Nordmark steht zu Hitler!“ Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP in Schleswig-Holstein 1924–1933. In: *ISHZ* 48 (2007), S. 26-30.
23. Otto-Morris, *Rebellion*, Kapitel 8; vgl. auch Stoltenberg, *Strömungen*, S. 141.
24. Die Suche erfolgte sowohl in der Zentralkartei, 31XX, als auch in der Ortskartei, 3200, im Bestand des ehemaligen BDC, die schätzungsweise 90 Prozent der NSDAP-Mitglieder erfassen. Siehe Otto-Morris, *Rebellion*, Kapitel 8.
25. Otto-Morris, *Rebellion*, Kapitel 7.
26. Nur Michelle LeBars, *Le mouvement paysan*, nutzt die Romane als historische Quellen.
27. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*. Berlin 1931, S. 546-547; *Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein*. Kiel 1951, S. 537.
28. Rietzler, *Nordmark*, S. 426.
29. *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* Nr. 86, 12.4.1929, S. 3, und Nr. 92, 19.4.1929, S. 1.
30. *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* Nr. 179, 1.8.1929, S. 1.
31. *Dusendüwelswarf* Nr. 26, 22.7.1933, S.1.
32. Vgl. Beyer, *Agrarkrise*, S. 173; ders., *Landbevölkerung*, S. 74.

## Der Autor

Alexander Otto-Morris, geb. 1974 in Melbourne, Dr. phil. Studium der Geschichte und Germanistik in Melbourne, Würzburg und Kiel. Er ist Honorary Research Associate an der Monash University, Melbourne, und als Mitarbeiter des Bundessprachenamts tätig. Er lebt mit seiner Familie in Kiel.